

# Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Mittwoch, 24.04.2013,  
19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

## Anwesend:

|                              |                            |
|------------------------------|----------------------------|
| Ratsvorsitzende:             | Hannelore Schneider        |
| 1. stellv. Ratsvorsitzender: | Jürgen Rathkamp            |
| Bürgermeister:               | Gerd-Christian Wagner      |
| stellv. Bürgermeister:       | Iko Chmielewski            |
|                              | Peter Nieraad              |
|                              | Raimund Recksiedler        |
| Ratsmitglieder:              | Sascha Biebricher          |
|                              | Rudolf Böcker              |
|                              | Heinz Peter Boyken         |
|                              | Dirk Brumund               |
|                              | Jürgen Bruns               |
|                              | Hergen Eilers              |
|                              | Dr. Susanne Engstler       |
|                              | Karl-Heinz Funke           |
|                              | Christoph Hinz             |
|                              | Jörn Kickler               |
|                              | Bernd Köhler               |
|                              | Lars Kühne                 |
|                              | Walter Langer              |
|                              | Abbes Mahouachi            |
|                              | Alfred Müller              |
|                              | Cornelia Papen             |
|                              | Georg Ralle                |
|                              | Bernd Redeker              |
|                              | Sebastian Schmidt          |
|                              | Ingrid Schuster            |
|                              | Steffen Schwärmer          |
|                              | Dr. Marko Alexander Seelig |
|                              | Maren-Susan Toepler        |
|                              | Jörg Weden                 |
|                              | Dorothea Weikert           |
| von der Verwaltung:          | Wilfried Alberts           |
|                              | Olaf Freitag               |
|                              | Marion Groß                |
|                              | Rolf Heeren                |
|                              | Dirk Heise                 |
|                              | Meike Knop                 |
|                              | Jörg Kreikenbohm           |
|                              | Rainer Rädicker            |
|                              | Johann Taddigs             |

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 13.03.2013
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Neubestimmung des Ausschussvorsitzenden und stellv. Ausschussvorsitzenden für den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (§ 71 Abs. 8 NKomVG)
- 6 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 6.1 Verwaltungsausschuss vom 04.04.2013**  
Kein Tagesordnungspunkt
- 6.2 Verwaltungsausschuss vom 18.04.2013**
- 6.2.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 10.04.2013**
- 6.2.1.1 Widmung von Straßen; hier: Glockenheide
- 6.2.1.2 Widmung von Straßen; hier: Ehm-Welk-Straße
- 6.2.2 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 11.04.2013**
- 6.2.2.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2013
- 6.2.2.2 16. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
- 6.2.2.3 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern (Hebesatzsatzung)
- 6.2.2.4 Beschluss über den Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2011; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresverlustes
- 6.2.3 Anträge an den Rat der Stadt Varel**
- 6.2.3.1 Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Varel für die Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder; Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL
- 7 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 7.1 Vareler Hallenbad
- 8 Anträge und Anfragen**
- 8.1 Integrierte Gesamtschule (IGS)

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19.00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass die 2. stellv. Ratsvorsitzende Vollmer und Ratsherr Meinen entschuldigt fehlen.

#### 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest.

TOP 6.2.3.1 – Änderung der Hauptsatzung wird einvernehmlich von der Tagesordnung genommen.

#### 3 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 13.03.2013**

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 13.03.2013 wird einstimmig genehmigt.

#### 4 **Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerin bemängelt, dass ihrer Ansicht nach der Bürgermeister und die Mehrheitsfraktion die Belange der Bürger und die Vorschläge anderer Fraktionsmitglieder nicht ausreichend würdigen. Diesen Vorwurf weist Bürgermeister Wagner zurück.

Herr Lameyer von der Gärtnerei Lameyer bittet die Ratsmitglieder, bei ihrer Entscheidung um die Ansiedlung eines Raiffeisenmarktes am Standort des jetzigen Aldis zu berücksichtigen, dass dieses seinen in Varel alteingesessenen Betrieb sehr belasten würde. Er befürchtet, dass im äußersten Fall sogar eine Schließung droht.

**5 Neubestimmung des Ausschussvorsitzenden und stellv. Ausschussvorsitzenden für den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (§ 71 Abs. 8 NKomVG)  
Vorlage: 156/2013**

Die Gruppe SPD/CDU/FDP hat mit anliegendem Schreiben vom 08.04.2013 mit sofortiger Wirkung die Neubestimmung des Ausschussvorsitzenden bzw. stellv. Ausschussvorsitzenden für den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen gem. § 71 Abs. 8 NKomVG bekannt gegeben.

Neuer Ausschussvorsitzender ist Ratsherr Bernd Redeker, neuer stellv. Ausschussvorsitzender Ratsherr Lars Kühne.

**6 Berichte und Anträge der Ausschüsse**

**6.1 Verwaltungsausschuss vom 04.04.2013**

Kein Tagesordnungspunkt

**6.2 Verwaltungsausschuss vom 18.04.2013**

**6.2.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 10.04.2013**

**6.2.1.1 Widmung von Straßen; hier: Glockenheide  
Vorlage: 120/2013**

**Beschluss:**

Nach § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Gesetze vom 28. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 372), wird nachstehend aufgeführte Verkehrsanlage für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

Glockenheide (A 376)

Länge der Straße: ca. 548 m

Die öffentliche Verkehrsanlage umfasst teilweise die Flurstücke 210/2, 216/3, 211/5 und 211/1 der Flur 18, Gemarkung Varel-Land.

Anfangspunkt: An der Kreisstraße Zum Jadebusen zwischen den Flurstücken 730/208 und 216/2 der Flur 18, Gemarkung Varel-Land

Endpunkt: An der Gemeindestraße Großer Winkelsheidermoorweg zwischen den Flurstücken 211/6 und 218/7 der Flur 18, Gemarkung Varel-Land

Die Nummer im Straßenbestandsverzeichnis lautet: A 376.

Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Varel.

### **Einstimmiger Beschluss**

#### **6.2.1.2 Widmung von Straßen; hier: Ehm-Welk-Straße Vorlage: 121/2013**

##### **Beschluss:**

Nach § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Gesetze vom 28. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 372), wird nachstehend aufgeführte Verkehrsanlage für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

##### Ehm-Welk-Straße (A 330)

Länge der Straße: ca. 160 m

Die öffentliche Verkehrsanlage umfasst die Flurstücke 270/2, 254/1, 255/2, 267/18, 266/4, 255/4 und 248/3 der Flur 32, Gemarkung Varel-Land.

Anfangspunkt: an der Straße Achter de Gast zwischen den Flurstücken 253/1 und 267/14 der Flur 32, Gemarkung Varel-Land

Endpunkt: Sackgasse vor dem Flurstück 247/3 der Flur 32, Gemarkung Varel-Land

Die Nummer im Straßenbestandsverzeichnis lautet: A 330.

Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Varel.

### **Einstimmiger Beschluss**

#### **6.2.2 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 11.04.2013**

##### **6.2.2.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2013 Vorlage: 148/2013**

Einvernehmlich wird beschlossen, die Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 6.2.2.1 bis 6.2.3.1 zusammen zu führen.

Beigeordneter Bruns weist darauf hin, dass die Mehrheitsgruppe sich viele Stunden mit der Beratung des Haushaltes beschäftigt hat. Das strukturelle Defizit beläuft sich in den nächsten Jahren auf bis zu 3 Mio. € pro Jahr. Dabei liegt das Problem vorwiegend bei den laufenden Kosten. Angesichts der engen finanziellen Lage der Stadt sah sich die Mehrheitsgruppe verpflichtet, jede Anregung und Idee für eine Verbesserung der Haushaltslage zu prüfen. Die Haushaltslage der letzten Jahre zwingt dazu, viele notwendige Baumaßnahmen zu schieben, wodurch ein Investitionsstau entsteht. Unter dem Gesichtspunkt wurde auch das Kaufinteresse für das Webereigelände abgewogen, aber nicht beschlossen. Insgesamt war es ein schwieriger Prozess.

Die letzten Monate erforderten viele schwierige Entscheidungen, wie z. B. das Grundschulkonzept. Es war aufgrund der Schulstruktur nicht vermeidbar, den Beschluss zu fassen, zwei Grundschulen zu schließen. Beigeordneter Bruns kann Verständnis aufbringen, für die, die in dieser Angelegenheit anderer Meinung sind, aber die Mehrheitsgruppe hat sich dafür ausgesprochen, um den verbleibenden Schulen eine gleiche, hohe Qualität zu sichern.

In Dangast wird es weiterhin oberstes Ziel sein, das Defizit zu senken und den Tourismus weiter zu entwickeln. Dabei ist es wichtig, alle Alternativkonzepte und Ideen genau zu prüfen, um anschließend die für Varel beste Entscheidung zu treffen.

Die Personalkosten sind mit ca. 9,6 Mio. € sehr hoch. 2002/2003 lagen die Personalkosten auch schon bei 9,4 Mio. €. Danach gingen die Kosten runter. Nimmt man zur Kenntnis, dass die Kosten sich jetzt wieder erhöht haben, sind einzelne Entwicklungen zu berücksichtigen, z. B. musste das Personal im Kindergarten durch die Schaffung von zusätzlichen Krippenplätzen aufgestockt werden. In der inneren Verwaltung wurden dagegen von 1996 bis 2013 sogar ca. 25 Arbeitsplätze abgebaut, obwohl viele neue Aufgaben eingeführt wurden. Besonders schwer gefallen ist ihm in den letzten Jahren die Entscheidung, die Gemeindeschwesternstation zu schließen. Ein weiterer effizienterer Einsatz von Personal konnte durch die Zusammenlegung des Bauhofes mit dem Gartenamt erzielt werden. Sollte es notwendig sein, noch mehr Personal einzusparen, ist das nur mit Leistungsverzicht möglich.

Die Kreisumlage nimmt einen großen Anteil im Haushalt ein, diese ist aber von Varel nicht beeinflussbar. Hier ist ein Dialog mit dem Landkreis notwendig.

Die Haushaltsberatungen haben im Ergebnis dazu geführt, dass noch in vielen Bereichen gestrichen wurde, so dass sich das Defizit jetzt auf ca. 1,6 Mio. € beläuft. Damit hat der Ergebnishaushalt einen Ansatz in Höhe von 35,7 Mio. €. Der Finanzhaushalt konnte noch um 680.000 € gesenkt werden, dabei wurden 650.000 € lediglich geschoben. Insgesamt umfasst der Finanzhaushalt ein Volumen von 6,7 Mio. €.

Beigeordneter Bruns weist darauf hin, dass in den letzten Jahren keine Steuern erhöht wurden. Dieses Jahr ist das nicht mehr möglich, ohne konsequent Leistungen zu streichen. Es wird daher vorgeschlagen die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und die Vergnügungsteuer anzuheben, um alle gleichmäßig zu belasten. Darüber hinaus war es erforderlich, die Eintrittsgelder für das Hallenbad zu erhöhen. Damit konnten insgesamt ca. 400.000 € Mehreinnahmen erzielt werden.

Im Bereich der Innenstadtsanierung wurden die Straßen Achternstraße und Hagenstraße im Haushalt belassen. Ziel ist es den Schlossplatz 2014 zu sanieren, wenn dieses realisierbar ist, um damit die Innenstadtsanierung zum Ende zu bringen. Die Entwicklung im Kasernengelände zeigt, dass es richtig war, an dem Stadtbau West festzuhalten. Durch den Bau des Dienstleistungszentrums konnte das Gelände mit Leben gefüllt werden. Beigeordneter Bruns erhofft sich durch neue Ansiedlungen in diesem Bereich in der Zukunft auch Mehreinnahmen. Positiv zu verzeichnen ist, dass jetzt im Zuge der Sanierung der Oldenburger Str. zwei neue Ampelanlagen, für 80.000 €, eingeplant sind.

In den Grundschulen werden 2013 335.000 € investiert, z. B. in die Pausenhalle Langendamm. Im Bereich der Kindergärten ist ein Zuschuss in Höhe von 500.000 € eingeplant, der u. a. zusätzliche Krippenplätze schafft.

Bei der Feuerwehr Borgstede kann jetzt ein Anbau realisiert werden, der 2012 noch geschoben wurde.

Für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast war es Ziel der Mehrheitsgruppe, das Defizit unter 1 Mio. € zu senken. Die derzeitige Planung sieht ein Defizit von 920.000 € vor. Dieses konnte nur dadurch erreicht werden, dass fällige Investitionen geschoben werden, dieses ist kein Dauerzustand.

Den Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL, das Sitzungsgeld in Höhe von 20 € pro Sitzung zu streichen, lehnt die Mehrheitsgruppe ab. In dem Antrag wird suggeriert, dass die Ratsmitglieder sich trotz der defizitären Haushaltslage „die Taschen voll stopfen“. Diese Darstellung ist aus Sicht des Beigeordneten Bruns völlig falsch. Die Stadt Varel liegt mit ihrer Entschädigung im Rahmen der Empfehlung des Innenministeriums und ist daher nicht übermäßig hoch. Bei der Betrachtung der im Antrag dargestellten Zahlen ist zu beachten, dass darin auch die Erhöhung der Entschädigung für einen 3. stellv. Bürgermeister in Höhe von ca. 3.000 € und die Erhöhung der Kosten in Höhe von 3.500 € für die pauschale Entschädigung des papierlosen Versandes enthalten sind. Rechnet man dieses heraus, bleibt lediglich eine Erhöhung von ca. 4-5.000 €. Diese geringe Steigerung sieht er als gerechtfertigt an. Beigeordneter Bruns regt an, dass alle Ratsmitglieder den papierlosen Versand wählen, um weiter Kosten einzusparen.

Vor der Haushaltsberatung hatte die Mehrheitsgruppe den anderen Fraktionen zugesagt, sie bei der Haushaltsberatung zu beteiligen. Dieses ist leider nicht geschehen, dafür entschuldigt sich Beigeordneter Bruns. Um dieses zukünftig zu gewährleisten, regt die Mehrheitsgruppe mit anliegendem Antrag an, einen interfraktionellen Arbeitskreis bestehend aus Mitgliedern aller Fraktionen zu bilden, um Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung zu diskutieren und vorzubereiten.

Ratsherr Langer bedauert, dass die anderen Fraktionen nicht an der Haushaltsberatung beteiligt wurden. Er begrüßt daher jetzt den Antrag der SDP/CDU/FPD-Mehrheitsgruppe zur Bildung eines interfraktionellen Arbeitskreises zum Thema Haushaltskonsolidierung. Seine Fraktion wird dieses Angebot gerne annehmen, um gemeinsam mit den anderen Fraktionen zu breit getragenen Beschlüssen zu kommen. Insgesamt lehnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Haushalt ab, da sie darin ihre Handschrift vermisst.

Es ist notwendig, den Haushalt in Zukunft noch weiter zu verbessern. Dafür ist es erforderlich, mutige Entscheidungen ohne Denkverbote für die Politik zu diskutieren. Man muss sich mit allem auseinandersetzen und dann versuchen, einen möglichst breiten Konsens zu erreichen. Die Entscheidung liegt am Ende bei der Mehrheitsfraktion. In der Vorberatung ist es manchmal sinnvoll, zunächst im vertraulichen Rahmen zusammen zu kommen, später muss aber auf jeden Fall die Öffentlichkeit hergestellt werden.

In Bezug auf den Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL auf Streichung des Sitzungsgeldes für die Ratsmitglieder, wäre Ratsherr Langer grundsätzlich bereit, Symbole des Sparens mitzutragen, allerdings würde der Wegfall des Sitzungsgeldes für die Ratsmitglieder nicht den Haushalt sanieren. Es sei zu bedenken, dass bereits vor einigen Jahren die Aufwandspauschale gesenkt wurde. Mit der Einführung des Sitzungsgeldes wird der tatsächliche Aufwand der einzelnen Ratsmitglieder gerechter entschädigt, daher hält er es eigentlich für falsch das Sitzungsgeld zu streichen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird sich daher in dieser Angelegenheit der Stimme enthalten.

Aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski hat sich die Politik in den letzten Jahren gewandelt und erfordert sehr viel Einsatz von den Ratsmitgliedern.

Neben den eigentlichen Sitzungen finden viele andere Termine statt. Insbesondere für die kleinen Fraktionen ist das Sitzungsgeld sehr sinnvoll, um den Aufwand zu entschädigen. Die Fraktion MMW wird daher den Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL ablehnen. Eine Streichung des Sitzungsgeldes würde den eigenen Wert des einzelnen Ratsmitgliedes unter den Scheffel stellen. Es ist wichtig, dass das Ehrenamt nicht klein geredet wird.

Eine Haushaltskonsolidierung wäre aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski nicht notwendig, wenn über das ganze Jahr vernünftige Entscheidungen getroffen werden. Die Fraktion MMW wird sich daher bei der Entscheidung über das Haushaltssicherungskonzept enthalten. Insbesondere wurden in den letzten Jahren viele Gutachten in Auftrag gegeben, die im Nachhinein nur Makulatur waren. Für die meisten Angelegenheiten der Stadt sind keine externen Berater erforderlich, häufig ist es auch möglich die darin enthaltenen Zahlen selber zusammen zu schreiben. Die Fraktion MMW schlägt daher vor, in Zukunft auf Gutachten zu verzichten.

Bezug nehmend auf die Entscheidung über den Zuschuss für den Neubau des Katholischen Kindergartens hätte sich stellv. Bürgermeister Chmielewski eine längere politische Diskussion darüber gewünscht. Durch weitere Verhandlungen mit der Kath. Kirche hätten vielleicht Kosten in Höhe von 100.000 € eingespart werden können. Der Kindergarten wird jetzt auf einem sehr hohen Niveau gebaut, stellv. Bürgermeister Chmielewski bezweifelt, dass dieser hohe Standard auch bei den anderen Kindergärten gewährleistet werden kann. Positiv zu beurteilen ist, dass die Stadt jetzt mit Krippenplätzen sehr gut ausgestattet ist.

Aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski waren einige Entscheidungen des Rates sehr unstrukturiert, z. B. die Gewerbeansiedlung. Es sollte Gewerbetreibenden nicht erlaubt werden, sich außerhalb von Gewerbegebieten anzusiedeln, solange noch Kapazitäten in den Gewerbegebieten frei sind. Es ist notwendig, dass politisch so gehandelt wird, dass die Gewerbegebiete genutzt werden. Der Rat hat ein Einzelhandelsentwicklungskonzept aufstellen lassen, dieses sollte auch bei allen Entscheidungen um den Einzelhandel berücksichtigt werden. Dabei ist zu vermeiden, in anderen Gebieten Einzelhandel anzusiedeln, welches nachher einer Vermarktung des Postgebäudes schadet.

In Dangast wird seit 15 Jahren auf den „großen Wurf“ gewartet, damit entstand ein erheblicher Investitionsstau zur Werterhaltung der Immobilien. Ein Verkauf von Ressourcen muss gut überdacht sein. Das vor einigen Jahren erstellte Aqualon-Gutachten hat schon gezeigt, dass es nichts wert ist. Ziel war es damals den Zuschussbetrag unter 1 Mio. € zu senken. Dieses konnte jetzt schon mit einfachen Mitteln erreicht werden. Nun wurden wieder neue Pläne für neue Investitionen vorgestellt. In den Plänen wird es so dargestellt, dass es besser ist, unter Berücksichtigung von Zuschussmöglichkeiten, in neue Gebäude zu investieren, als die alten zu sanieren. Er möchte nicht mehr in neue Immobilien in Dangast investieren.

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL hatte im März diesen Jahres beantragt, einen Antrag auf Entschuldungshilfe zu stellen. Stellv. Bürgermeister Chmielewski bedauert, dass diesem Antrag nicht gefolgt wurde. Er hätte ein Signal gegeben, wie schlecht es um die Finanzen der Stadt Varel steht.

Insgesamt wird die Fraktion MMW den Haushalt ablehnen. Bei der Entscheidung um die Hebesätze werden sie sich enthalten. Sie werden sich nicht dagegen aussprechen, da es notwendig ist, alle Einnahmen zu regenerieren. Abschließend mahnt stellv. Bürgermeister Chmielewski an, zukünftig strukturierter in den Entscheidungen vorzugehen.

Die Fraktion BBV bedauert ebenfalls, dass die Mehrheitsgruppe sie nicht an der Vorberatung zum Haushalt beteiligt hat und begrüßt daher, den Antrag der SPD/CDU/FDP-Gruppe einen interfraktionellen Arbeitskreis zu bilden. Ratsherr

Böcker erkennt an, dass die Mehrheitsgruppe in ihrer Planung sehr viel gestrichen hat, dies war sicherlich nicht einfach. In einigen Bereichen wäre es ihm lieber gewesen, es wäre geschoben, als gestrichen worden, wie z. B. bei der Blumenstraße und den Sportplätzen. Die Sanierung des Schlossplatzes halten sie weiterhin für erforderlich. Ratsherr Böcker bedauert, dass kein Geld für die Bauunterhaltung der städtischen Wohnungen einplant wurde. Es ist wichtig in diesem Bereich mit der Sanierung fort zu fahren.

Der geplanten Anhebung der Steuerhebesätze stimmen sie nicht zu. Die Hausbesitzer sind schon von der Erhöhung der Abgaben für Strom, Abwasser und Gas stark betroffen. Das alles teurer wird, wird sich auch für die Mieter auswirken, da die Hausbesitzer die Kosten umlegen.

Aus diesem Grund wird die Fraktion BBV dem Haushalt in der Fassung nicht zustimmen, sollte allerdings für die Mehrheit ihre Stimme erforderlich sein, könnten sie sich noch für eine Zustimmung entscheiden.

Die Entwicklung in Dangast wird von der Fraktion BBV begrüßt und sie hoffen, dass weiter so verfahren wird.

In Sache Katholischer Kindergarten waren sie nicht mit der gesamten Abwicklung zufrieden. Aus ihrer Sicht ist der Bau zu teuer und sie hätten sich ein Entgegenkommen der Kirche erwünscht.

Zum Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL auf Streichung des Sitzungsgeldes schließen sie sich der Äußerung des stellv. Bürgermeisters Chmielewski an und lehnen es ab.

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL begrüßt den Antrag der SPD/CDU/FDP-Gruppe, zukünftig interfraktionell zusammen zu arbeiten. In der Vergangenheit wurden oft die Anträge der Fraktion ZUKUNFT VAREL aus Prinzip abgelehnt und nicht näher diskutiert. Sehr bedauert Ratsherr Funke, dass ihr Antrag, einen Antrag auf Entschuldungshilfe beim Land zu stellen, von der Mehrheitsgruppe nicht mitgetragen wurde. Die Stadt Varel hätte sich in dieser Sache auf die Spur des Landkreises begeben sollen und auch einen Antrag stellen. Nun erhofft sich Ratsherr Funke aus einem interfraktionellen Arbeitskreis, dass die Anträge seiner Fraktion intensiver beraten werden. Sie sind gerne bereit Ideen zur Haushaltskonsolidierung mit einzubringen, angesichts dessen, dass das kommunale Defizit sich weiterhin erhöht, ohne dass es eine Perspektive zur Besserung gibt.

Die Mehrheitsgruppe sprach in der Haushaltsberatung davon, dass sie es ablehnen künftige Generationen zu belasten. Wenn dieses vermieden werden soll, muss aber auch konkret gesagt werden, wie dieses zu schaffen ist. Jetzt soll mit den vorliegenden Beschlussvorschlägen eine Steuer- und Abgabenerhöhung sowie eine weitere Verschuldung beschlossen werden. Dieses belastet nicht nur die zukünftigen Generation, sondern auch die jetzige.

Ratsherr Funke ist gespannt, in wie weit die jetzige Landesregierung ihre Versprechen zum Konnektivitätsprinzip, dass derjenige, der etwas bestellt, es auch bezahlt, hält.

Die Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt ist aus Sicht des Ratsherrn Funke völlig unverständlich. Seiner Ansicht nach hätte die Stadt Varel zunächst einen Antrag auf Entschuldungshilfe stellen sollen und dann im Zuge der Verhandlungen sich bereit erklärt, die Steuern evtl. anzuheben. Er hätte von der Landesregierung erwartet, dass sie die besondere Situation Varels in ihrer Beurteilung über eine Entschuldungshilfe berücksichtigt. Die Stadt hat es aus seiner Sicht völlig falsch angefasst.

Ratsherr Funke zitiert Ratsherrn Eilers, der gesagt hatte, dass sie sich um jegliche Ausgabenkritik bemühen müssen. Dann versteht er aber nicht, warum die Sanierung der Hagenstraße und der Achternstraße, nur weil es dort Zuschüsse gibt, nicht gestrichen wurde. So schlecht sind diese Straßen noch nicht. Die Sanierung des Schlossplatzes wurde durch die Mehrheitsgruppe nur geschoben.

Aus Sicht des Rats Herrn Funke hätte sie gestrichen werden müssen, denn die Stadt kann sich dieses nicht leisten. Er hat schon die Sanierung der Fußgängerzone für falsch gehalten, insbesondere dann, wenn jetzt auch noch neben Familia Aldi gebaut wird. Was die Ansiedlung des Raiffeisenmarktes angeht, hätte er sich gewünscht, dass dieser auf dem ehemaligen Gelände der Gärtnerei Dettmers gebaut worden wäre. Man hätte damals das Einzelhandelsentwicklungskonzept anpassen müssen.

In Bezug auf den Gewerbe-Logistik-Park sollte darüber nachgedacht werden, die Geschossigkeit zu erhöhen und den m<sup>2</sup>-Preis zu senken. Schon jetzt würde die Stadt, wenn alles verkauft werden könnte, ein Defizit von 1 Mio. € zu tragen haben. Die Stadt sollte mit dem Land über mögliche Subventionen reden. Darüber hinaus können bestehende Gewerbebetriebe nicht einfach umgesiedelt werden, das führt im Extremfall zur Pleite der Betriebe. Daher ist es wichtig auch über Alternativen zu reden.

Zur Aufgabenkritik muss auch gehören, dass sich die Stadt fragen muss, ob sie sich angesichts der finanziellen Lage eine Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing GmbH leisten kann. Dieses sollte Thema im Arbeitskreis sein.

Wenn die Schulen in Kreisträgerschaft nicht mehr kostendeckend von der Stadt verwaltet werden können, ist es aus Sicht des Rats Herrn Funke erforderlich, mit dem Landkreis über eine andere Finanzierung zu reden. Er hält es für sehr wichtig, dass die Verwaltung ortsnahe erfolgt.

Ratsherr Funke vermisst eine Aufstellung der Straßen und Wege, für die eine Förderung durch das Land in Frage kommt. Obwohl er diese bereits häufiger angemahnt hat, ist sie bis heute noch nicht erstellt. Dieses ist wichtig, um in diesem Bereich evtl. Fördermöglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

Zur Diskussion, ob die Beratung um einen möglichen Verkauf des Webereigeländes öffentlich oder nichtöffentlich geführt werden sollte, vertritt er die Auffassung, dass eine erste Beratung zwar vertraulich hätte geführt werden können, dann aber sofort die Öffentlichkeit informiert hätte werden müssen. Früher war es so, dass solche Angelegenheiten im Verwaltungsausschuss vorgetragen wurden und dann das weitere Verfahren festgelegt wurde. Dieses war aus Sicht des Rats Herrn Funke besser. Das Verfahren, wie es jetzt gelaufen ist, hält er nicht für günstig. Die Öffentlichkeit hätte viel früher informiert werden müssen.

Abschließend begrüßt Ratsherr Funke nochmals die Anregung der Mehrheitsgruppe auf Zusammenarbeit, es ist dann aber auch wichtig, dass auch ihre Themen und Anregungen angesprochen werden.

Insgesamt lehnt die Fraktion ZUKUNFT VAREL den Haushalt ab.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist es wichtig, dass die Stadt weiterhin handlungsfähig bleibt. Es erfordert schmerzhaft Entscheidungen, wenn man versucht durchzugreifen, um das Defizit des Haushalts zu senken. Die Bedürfnislage der Bürger ist sehr unterschiedlich und jeder möchte berücksichtigt werden. Es ist aber zu bedenken, dass für alles die Einnahmen nicht ausreichen. Hier ist es Aufgabe des Rates, einen Interessenausgleich zu schaffen und den Mut zu finden, auch schmerzhaft Entscheidungen zu fällen. Die Einsparungen hätten noch konsequenter erfolgen können, aber es war ein mehrheitsfähiger Kompromiss notwendig. Heute steht der Beschluss über den Haushalt nach einer langen anstrengenden Diskussion an.

Insgesamt schließt sich Ratsherr Eilers den Ausführungen des Rats Herrn Bruns an. Es konnten zwar im Zuge der Beratungen noch Einsparungen von ca. 2 Mio. € erzielt werden, damit sind aber nicht alle Probleme behoben, denn vieles ist nur geschoben. Es war Ziel die Ausgaben zu senken und die Einnahmen zu erhöhen. Ein geringer Beitrag ist dabei die geplante Steuererhöhung. Mit dieser Erhöhung ist aber auch die Belastungsgrenze für die Bürger erreicht. Nun muss versucht werden in vielen Bereichen noch effizienter zu arbeiten. Zum Beispiel in Dangast

konnte das Defizit von 2006 in Höhe von 1,6 Mio. € auf jetzt 920.000 € gesenkt werden. Dieses ist Folge von mutigen Entscheidungen. Die gute Arbeit in Dangast hat Anerkennung verdient. Auch wenn Ratsherr Funke in früheren Redebeiträgen immer behauptet hat, dass das Defizit insgesamt in Dangast gegen 0 € fährt, da in Dangast soviel Umsatz gemacht wird, das es ausgeglichen wird, sollte es dennoch Anspruch sein, die Kurverwaltung so zu strukturieren, dass sie ohne große Verluste geführt werden kann.

Im Zuge der Grundschuldebatte beantragte die Fraktion ZUKUNFT VAREL die Verschiebung des Beschlusses auf 2018. Aus Sicht des Ratsherrn Eilers war es richtig, sich jetzt für die Schließung von zwei Grundschulen zu entscheiden, um den anderen Grundschulen einen höheren Standard zu sichern. Dieses wäre für 8 Grundschulen nicht möglich gewesen.

Ratsherr Eilers ist um Ausgleich mit allen Fraktionen bemüht und freut sich daher darüber, dass die Fraktion ZUKUNFT VAREL sich an dem interfraktionellen Arbeitskreis beteiligt. Der Arbeitskreis wurde angeregt, weil es in der Beratung zum Haushalt nur wenig Zeit gab, sich intensiv mit einigen Themen auseinander zu setzen. Nun soll eine jahresbegleitende stetige Beschäftigung mit den Themen in Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen stattfinden. Ratsherr Eilers erhofft sich, dass dadurch gemeinsam neue Ideen entwickelt werden können. Alle Fraktionen müssen sich dabei bemühen, sich in ihren Differenzen anzunähern. Es wird sicherlich nicht möglich sein, alle Themen einvernehmlich zu beschließen, aber Ziel muss eine vernünftige Diskussionskultur um die Sache sein.

Ratsherr Boyken weist darauf hin, dass der Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL eigentlich nicht originär von ihnen stammt. 2011, als das Sitzungsgeld eingeführt wurde, hatte die Mehrheitsfraktion erklärt, dass sie nach einem Jahr die Mehrkosten überprüfen werden. Da dieses von ihnen nicht beantragt wurde, stellten sie den Antrag. 2012 hatte der Rat weniger Ratsmitglieder als 2010, trotzdem stiegen die Kosten für die Aufwandsentschädigung insgesamt um ca. 22 %. Bemerkenswert ist auch, dass Vareler Ratsmitglieder, entgegen den meisten umliegenden Gemeinden auch Sitzungsgeld erhalten, wenn sie an Sitzungen teilnehmen, obwohl sie nicht Mitglied des Ausschusses sind.

Ratsherr Funke weist nochmals darauf hin, dass er es für falsch hält, das Defizit im Haushalt in direktem Zusammenhang mit dem Defizit in Dangast zu stellen. In der Haushaltsgenehmigung für das Haushaltsjahr 2012 wies der Landkreis darauf hin, dass in Varel freiwillige Leistungen in Höhe von 3,4 % enthalten sind, gängig sind ca. 3 %. Das zeigt, dass Varel nicht dauernd über die Verhältnisse gelebt hat. Im interfraktionellen Arbeitskreis sollte auch hierüber gesprochen werden.

Eine Steuererhöhung zu diesem Zeitpunkt ist ungünstig, da die Steuerbescheide schon verschickt wurden. Wenn man schon eine Steuererhöhung in Betracht zieht, hätte man damit warten sollen, die Bescheide zu verschicken.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass es seine längste Haushaltsberatung war. 2012 hatte die Stadt noch einen hoch defizitären Haushalt. Für 2103 konnte das Defizit auf ca. 1,6 Mio. € gesenkt werden. Dieses war kein einfacher Prozess, der viele Kompromisse erforderte. Die Vorlage zeigt jetzt einen durchaus ausgewogenen Haushalt, der keinen Spielraum mehr lässt, aber den sozialen Bereich berücksichtigt. Bürgermeister Wagner ist sehr erfreut darüber, dass zukünftig alle Fraktionen im Arbeitskreis zusammen arbeiten wollen. Dieses zeigt, dass Varel auf dem richtigen Kurs ist.

**Beschluss:**

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2013 wird nebst dem Investitionsprogramm in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 18 Nein: 11 Enthaltungen: 2**

**6.2.2.2 16. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel  
Vorlage: 150/2013**

siehe 6.2.2.1

**Beschluss:**

Das Haushaltssicherungskonzept 2013 der Stadt Varel in der Fassung der 16. Fortschreibung wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 18 Nein: 7 Enthaltungen: 6**

**6.2.2.3 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern (Hebesatz-  
satzung)  
Vorlage: 146/2013**

siehe 6.2.2.1

**Beschluss:**

Die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern (Hebesatzsatzung) in der Stadt Varel wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 11.04.2013 anliegenden Fassung beschlossen.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 16 Nein: 8 Enthaltungen: 7**

**6.2.2.4 Beschluss über den Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendam-  
m der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirt-  
schaftsjahr 2011; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über  
die Behandlung des Jahresverlustes  
Vorlage: 142/2013**

siehe 6.2.2.1

**Beschluss:**

Der Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendam der Geschwister

Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2011 wird beschlossen. Dem Vorstand wird vorbehaltlos Entlastung erteilt. Der ausgewiesene Jahresverlust per 31.12.2011 in Höhe von 73.037,21 EUR ist auf neue Rechnung vorzutragen.

### **Einstimmiger Beschluss**

## **6.2.3 Anträge an den Rat der Stadt Varel**

### **6.2.3.1 Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Varel für die Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder; Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL Vorlage: 153/2013**

siehe 6.2.2.1

#### **Beschluss:**

Die anliegende Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Varel für die Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder wird beschlossen.

**Mehrheitlicher Beschluss dagegen  
Ja: 5 Nein: 21 Enthaltungen: 5**

## **7 Mitteilungen des Bürgermeisters**

### **7.1 Vareler Hallenbad**

Bürgermeister Wagner teilt mit, dass das Vareler Hallenbad morgen um 6.30 Uhr wieder geöffnet wird. Es besteht keine Einsturzgefahr. Im Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr wird die Notwendigkeit einer Sanierung beraten.

## **8 Anträge und Anfragen**

### **8.1 Integrierte Gesamtschule (IGS)**

Ratsherr Funke äußert seine Verwunderung darüber, dass Bürgermeister Wagner seine Zustimmung zu einer IGS in Zetel erteilt hat. Er bittet ihn, diese Zustimmung im Interesse der Vareler Bürger zurück zu nehmen. Die Schaffung einer IGS in Zetel würde das Lothar-Meyer-Gymnasium und die Vareler Oberschulen betreffen. Deshalb haben auch das LMG und die Oberschule Varel eine Kooperation zur Bildung einer IGS in Varel vereinbart. Unabhängig vom Antrag der Oberschule Varel auf Bildung einer IGS, lehnt die Fraktion ZUKUNFT VAREL eine IGS in Ze-

tel ab, dafür ist ihnen die Funktionstüchtigkeit der Oberschulen in Varel und des LMG zu wichtig.

Bürgermeister Wagner korrigiert, dass er keinesfalls die Zustimmung erteilt hat, sondern lediglich den Antrag befürwortete. Dieses muss aber im Zusammenhang damit gesehen werden, dass zu dem Zeitpunkt noch kein Antrag der Oberschule Varel vorlag. Die geänderte Sachlage erfordert jetzt eine neue Diskussion.

Ratsherr Böcker mahnt, mit Zetel zusammen ein „Wir-Gefühl“ zu entwickeln und nicht gegeneinander zu arbeiten. Insgesamt hält er die Schulform der IGS für ein gutes Bildungssystem, welches gefördert werden sollte.

Aus Sicht der CDU-Fraktion kann nicht an jedem Ort dem Antrag auf eine IGS nachgegeben werden. Es gibt Grenzen, wie viel funktionierende Oberstufen es in einem Landkreis geben kann. Wichtig ist, dass Varels Schulen durch die Gründung einer neuen IGS nicht beeinträchtigt werden. Es ist geplant, dass der Landkreis im Schulausschuss über die Planung berichtet. Im Schulausschuss besteht dann die Möglichkeit, über die Angelegenheit zu diskutieren. Am Ende ist es Aufgabe des Landkreises über die Anträge auf Einführung weiterer Gesamtschulen zu entscheiden. Diese Entscheidung steht noch aus.

Ratsherr Funke lehnt die Schaffung eines „Wir-Gefühls“ ab. Jede Gemeinde muss als erstes ihre eigenen Interessen vertreten. Das heißt Varel muss für ihr LMG und für die Vareler Oberschulen kämpfen. Diese geänderte Auffassung sollte der Bürgermeister deutlich gegenüber dem Landkreis vertreten.

Auch stellv. Bürgermeister Chmielewski spricht sich dafür aus, ausschließlich für die Stadt Varel zu kämpfen. Die Vareler Oberschule hat seines Erachtens viel zu lange mit einem Antrag gewartet, nun ist er noch gerade rechtzeitig eingegangen. Seiner Ansicht nach gehört eine IGS nach Varel, als Mittelzentrum Frieslands. Er schließt aber auch nicht aus, dass Zetel und Varel eine IGS erhalten.

Die Entscheidung über eine IGS in Zetel liegt nach Ansicht des Ratsherrn Bruns nicht alleinig bei der Gemeinde Zetel und dem Landkreis Friesland, da auch Varel davon betroffen wäre. Er hält es daher für richtig, den Landkreis in den Schulausschuss einzuladen und mit ihm die Angelegenheit zu diskutieren. Es sollte kein Wettbewerb entstehen, sondern es ist eine sachliche Diskussion erforderlich. Es ist daher wichtig, den Landkreis möglichst schnell einzuladen.

Um 21.05 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider  
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner  
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß  
(Protokollführer/in)